

## BULGARIEN

Ruslan Stefanov | Marco Arndt

### DER KLIMAWANDEL WIRD IN DER BULGARISCHEN ÖFFENTLICHKEIT KAUM DISKUTIERT

Der Klimawandel und seine Folgen werden in Bulgarien nur sehr eingeschränkt wahrgenommen und rezipiert. Die Diskussionen finden meistens in kleinen Zirkeln statt. Die Medien berichten wenig und selten über das Thema. Detaillierte Aufsätze erscheinen nur in spezialisierten Fachmedien. In der Politik hat keine ernsthafte Debatte stattgefunden, weder über die Position Bulgariens zum Klimawandel, noch über den Einfluss der Klimapolitik auf das Land.

Die zwei klimawandelbezogenen Themen, die die jeweilige Regierung in den letzten zehn Jahren in den Mittelpunkt stellte, waren:

1. Der Beitrag der europäischen CO<sub>2</sub>-Preise hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Steigerung der Kohlenpreise. Dieses Argument wurde genutzt, um den Bau eines zweiten Kernkraftwerks zu begründen. Die Atomenergie sollte die Energiepreise niedrig halten.
2. Die Möglichkeit, dass Bulgarien mehr seiner Emissionsrechte verkauft, um die Defizite im Energiesektor zu decken. So hat die bulgarische Regierung im Zuge der Haushaltskonsolidierung 2013 versprochen, doppelt so viele Emissionsrechte wie bisher zu verkaufen.

Außerhalb dieser zwei Themen wurde die Debatte in einem kleinen, sich aber ständig erweiternden Kreis von Umwelt-NGOs geführt, die versuchen, Bulgarien zu bewegen, mit der internationalen Debatte schrittzuhalten. Diese Diskussionen konzentrieren sich auf Initiativen im Bereich der EU-Umweltpolitik und auf die Verwendung der EU-Fördergelder für Umweltschutzmaßnahmen.

### BULGARIEN IST AN EINEM ANSCHLUSS AN DIE INTERNATIONALE DEBATTE INTERESSIERT

Obwohl keine öffentliche Debatte zum Klimawandel stattfindet, hat Bulgarien seine Arbeit an der Entwicklung einer diesbezüglichen Politik verstärkt. Diese wurde im Rahmen der EU-Politik erarbeitet. Nach fünf Jahren ohne politisches Leitdokument hat die bulgarische Regierung 2012 den dritten nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Klimawandelkonsequenzen

verabschiedet.<sup>1</sup> Er sieht vor, dass Bulgarien die verbindlichen EU-Klimaziele durch aktive Maßnahmen im Wert von über fünf Milliarden Euro im Zeitraum von 2013 bis 2020 erreicht. Der Plan wurde mit norwegischer Unterstützung erarbeitet und beinhaltet eine detaillierte Analyse der Situation in Bulgarien sowie Maßnahmen zur Erreichung der Klimawandelziele. Er basiert allerdings nicht auf einer umfassenden Machbarkeitsstudie und einer Evaluation von bereits getroffenen Maßnahmen, aus denen die im Plan vorgeschlagenen Maßnahmen abgeleitet wurden. So besteht das Risiko, dass die geplanten Maßnahmen schwer umsetzbar sind und so auf dem Papier bleiben. Das Dokument kann aber als Teil des wichtigen Lernprozesses, den die Regierung und ihre zivilgesellschaftlichen Partner durchmachen, interpretiert werden.

Das Ministerium für Umwelt und Wasser führt die Klimapolitik Bulgariens durch, indem es die internationalen Positionen berücksichtigt. Im Grunde genommen hat Bulgarien keine besondere Klimapolitik und/oder Positionen im Bereich Klimaschutz, die von der Position der EU abweichen, d. h. Bulgarien ist bis jetzt immer den EU-Vorgaben gefolgt.

Vor kurzem gab es allerdings Widerstände gegen die Durchsetzung ambitionierter Klimaschutzziele. Höchstwahrscheinlich wird Bulgarien sowohl in der EU- als auch in der VN-Debatte die Seite der kohleintensiven osteuropäischen Mitgliedstaaten einnehmen. Es ist kaum zu erwarten, dass Bulgarien eigene Initiativen entwickelt. Die bulgarischen Behörden werden wohl eine abwartende Strategie verfolgen.

### DIE EUROPÄISCHE KLIMAPOLITIK UND DIE DEUTSCHE ENERGIEWENDE SIND KAUM BEKANNT

Das Bewusstsein von und die Kenntnis über die Europäische Energiepolitik und insbesondere die deutsche Energiewende sind begrenzt. Die öffentliche Debatte fokussiert sich auf den stufenweisen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen und dessen Auswirkung auf die Strompreise. Der Großteil der Bevölkerung und viele Medien sehen im Klimawandel einen Vorwand zur Subventionierung ausländischer Unternehmen im bulgarischen Markt. Diese Überlegungen scheinen in

1 | Republik Bulgarien, „3. Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung der Klimawandelkonsequenzen“, [http://www3.moew.government.bg/files/file/Press/aktualno/2012/mart/NAPCC\\_20\\_03\\_2012.pdf](http://www3.moew.government.bg/files/file/Press/aktualno/2012/mart/NAPCC_20_03_2012.pdf) [28.07.2014].

Teilen gerechtfertigt, denn Bulgarien ist das Land mit den höchsten Strompreisen in Europa, wenn man sie mit der Kaufkraft der Bevölkerung vergleicht. Dieser Umstand wird verschärft durch die Tatsache, dass die meisten Haushalte mit Strom heizen. Diese direkte finanzielle Folge hat die komplexere Debatte über den Klimawandel und die europäische Politik zur Bekämpfung des Klimawandels überschattet, verstärkt durch populistische Politiker. Möglicherweise ist die in letzter Zeit sinkende Popularität Europas in Bulgarien auf die ununterbrochene Ausbeutung des Preisthemas durch jene zurückzuführen.

#### BULGARIEN SETZT AUF KOHLE UND ATOMKRAFT

2012, das letzte vollständige Jahr, für das Daten verfügbar sind, hat Bulgarien 47.000 Gigawatt Strom produziert. Fast die Hälfte davon – 48 Prozent – wurde in Kohlekraftwerken hergestellt, 33,4 Prozent im einzigen Kernkraftwerk des Landes, Kosloduji. Der Rest wurde in Gaskraftwerken (fünf Prozent), mit Wasserenergie (8,4 Prozent), Windenergie (2,6 Prozent), Fotovoltaik (1,7 Prozent) und Biomasse (0,1 Prozent) produziert. Als Folge des reduzierten Energieverbrauchs nach der Erhöhung der Strompreise 2012 und der andauernden Wirtschaftskrise berichtete das Nationale Statistische Institut, dass der Anteil der erneuerbaren Energien (einschl. Wasser) im Gesamtenergieverbrauch 16,3 Prozent beträgt – damit wurde das durch die EU für Bulgarien bis 2020 festgelegte Ziel übererfüllt. Nach der Einführung der 20 Prozent-Gebühr für neue erneuerbare Energien (Wind und Fotovoltaik) 2013/2014 ist nicht klar, ob Bulgarien dieses Ziel erreichen kann, wenn der Stromverbrauch mit der Erholung der Wirtschaft wieder steigen sollte.

Überzogene Prognosen der Nationalen Elektrizitätsgesellschaft aus den frühen 2000er Jahren gingen von einer bedeutenden Erhöhung des Stromverbrauchs aus. Grundlage für diese Annahme war die vorzeitige Stilllegung kleinerer Blöcke des Kernkraftwerks in Kosloduji unter dem Druck der EU im Jahr 2006 und sehr günstige Prognosen zum Wirtschaftswachstum. So entschied sich Bulgarien, ein zweites Kernkraftwerk in Belene mit zwei (russischen) Blöcken zu bauen. Die Arbeiten an diesem Kernkraftwerk wurden 2006 nach einem unfairen Vergabeverfahren, das nur Hersteller russischer Technologien in Betracht zog, in Auftrag gegeben. Die Wirtschaftskrise von 2008 führte aber zu einer Senkung des Stromverbrauchs, sowohl in Bulgarien als auch in der Region, so dass das neue Kernkraftwerk immer weniger attraktiv wurde. Darüber hinaus kam es zu Enthüllungen über weitverbreitete Misswirtschaft und Korruption im Kernkraftwerkprojekt. Diese Entwicklung zwang die bulgarische Regierung, im Jahr 2012 Belene aufzugeben. Das führte



*Das Kohlekraftwerk in Galabovo in der Oberthrakischen Tiefebene ist Teil des Maritza Iztok-Komplexes, dem größten Kraftwerksverbund Südosteuropas. Die Braunkohle stammt aus dem nahen Tagebaurevier im Sakar-Gebirge.*

zu politischen Verwerfungen im Land und zu einer Schadenersatzklage des russischen Ausrüstungsherstellers vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof in Paris im Wert von über einer Milliarde Euro, die in den Sommermonaten 2014 entschieden werden soll.

#### POLITIKUM STROMPREIS

Parallel zu den dramatischen Entwicklungen in Zusammenhang mit Belene entwickelte sich im Zeitraum von 2008 bis 2012 eine andere Krise – die Einführung erneuerbarer Energien (Windkraft und Fotovoltaik). Der EU-Regelung entsprechend führte Bulgarien großzügige Einspeisetarife ein, was zu einem explosionsartigen Wachstum des Investoreninteresses führte. 2011 erreichten die Investitionsvorhaben für den Bau neuer Anlagen 18 Gigawatt, was bei der bulgarischen Regierung starke Bedenken wegen der möglichen Konsequenzen steigender Energiepreise hervorrief. Obwohl die Regulierungsbehörde 2011 administrative Einschränkungen für die neuen erneuerbaren Energien einführte, ist es ihr nicht gelungen, die Preise zu beeinflussen. So hat Bulgarien im Jahr 2012 bereits eine Fotovoltaikkapazität von mehr als einem Gigawatt installiert – etwa das Dreifache der für das Jahr 2020 unter früheren Regierungen geplanten Kapazität. Die Regulierungsbehörde hatte die Preise um mehr als 13 Prozent im Jahr 2012 erhöht, damit sie, unter anderem, für die Subventionen der neuen Produzenten erneuerbarer Energie aufkommen konnte. Vor dem Hintergrund der sinkenden Kaufkraft, insbesondere unter den Ärmsten der Bevölkerung, verursachte die Preiserhöhung Anfang 2013 allgemeine Proteste, die schließlich zum vorzeitigen Rücktritt der bürger-

lichen Regierung führten. Den populistischen Reaktionen vieler Politiker folgend, richteten die Bulgaren ihre Wut wegen steigender Preise auf die erneuerbaren Energien. Dies veranlasste die neue sozialistische Regierung, die Transparenz in der Strompreisgestaltung zu verringern und die Ziele für Grüne Energie von der Stromrechnung verschwinden zu lassen. 2013 wurde eine Netz-Konnektivitäts-Gebühr in Höhe von 20 Prozent für die erneuerbaren Energien eingeführt.

Die Regierungen haben wenig getan, um in Bulgarien den Stromverbrauch zu senken. Im Gegensatz zu den europäischen Haushalten verwenden die bulgarischen

Haushalte mehr Strom als Gas. Ein Teil der Gründe liegt in den sehr hohen Erdgaspreisen, die für die Haushalte unerschwinglich sind und die sie veranlassen, mit Strom, Kohle oder Holz zu heizen. Der Erdgaspreis in Bulgarien gehört zu den fünf höchsten in Europa, weil Bulgarien von den russischen Importen abhängig ist. Die bulgarischen Politiker behalten aber bisher den Status quo trotz der steigenden Risiken für die Energiesicherheit des Landes bei, in der Hoffnung, dass neues Wirtschaftswachstum die Empfindlichkeit der Menschen gegenüber höheren Strompreisen senkt und den Bau neuer und großer Produktionskapazitäten erlauben wird.

## FRANKREICH

*Norbert Wagner*

Schon vor dem Kyoto-Protokoll hatte Frankreich Maßnahmen ergriffen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Mit der Unterzeichnung des Protokolls und der darin enthaltenen Verpflichtungen wurden neue und zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um den Treibhausgasausstoß im Jahr 2010 auf dem Niveau des Jahres 1990 zu stabilisieren.

Im Jahr 2000 hat Frankreich deshalb den Nationalen Plan des Kampfs gegen den Klimawandel (Plan National de Lutte contre le Changement Climatique, PNLCC) in Kraft gesetzt. Dieser Plan wurde im Jahr 2004 durch den „Plan Climat“ ersetzt, der die zahlreichen Maßnahmen in allen Wirtschaftssektoren mit dem Ziel zusammenfasste, den Treibhausgasausstoß im Jahr 2010 auf dem Niveau des Jahres 1990 zu stabilisieren.

Langfristig hat sich Frankreich zum Ziel gesetzt, die Emissionen bis zum Jahr 2050 auf ein Viertel ihres heutigen Niveaus zu reduzieren. Um dieses ambitionöse Ziel zu erreichen, sind drastische Maßnahmen und große Anstrengungen zu ihrer Umsetzung erforderlich.

Motto der französischen Klimapolitik ist: Frankreich zu einem Land der „Excellence Environnementale“ (Umwelt-Exzellenz) zu machen. Im September 2012 hat Präsident Hollande auf der ersten Umweltkonferenz Ziel und Richtung vorgegeben. Innerhalb eines Jahres hat daraufhin die französische Regierung eine ambitionöse ökologische Wende auf den Weg gebracht, welche die Art und Weise, in welcher die Franzosen zukünftig produzieren, konsumieren, wohnen und sich



*Das Kernkraftwerk Superphénix an der Rhône: Der Schnelle Brüter war knapp 13 Jahre am Netz. Nach zahlreichen Unregelmäßigkeiten wurde das Experiment 1998 beendet.*

bewegen werden, nachhaltig und tiefgreifend ändern wird. Diese Wende geht weit über die nationalen Grenzen hinaus, denn sie hat zum Ziel, gegen den weltweiten Klimawandel anzukämpfen.

Im Kern geht es aber bei diesem Ansatz der französischen Klimapolitik vor allem auch um das Wohl der Franzosen, die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen und die Souveränität Frankreichs – heute und in Zukunft.

Frankreich war immer ein Vorreiter der Politik der Energieeffizienz und des Kampfes gegen den Klimawandel: Schon im Jahr 1982 wurde die Agence française pour la maîtrise de l'énergie eingerichtet. Und bereits im Jahr 2001 wurde der Kampf gegen den Klimawandel per Gesetz zu einer nationalen Priorität erklärt.